



Pressemitteilung

Familienpaket: Fortschreibung des Status Quo

Berlin, 19.05.2015 Zur morgigen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V.:

„Das ZFF erkennt das Ziel des Gesetzentwurfes an, die monetären Leistungen für Familien zu verbessern.

Aus Sicht des ZFF ist die Erhöhung des maximalen Förderbetrags beim Kinderzuschlag von 140 auf 160 Euro ein richtiger Schritt. Er bringt aber ohne Reformen z.B. bei der Einkommensberechnung keine grundlegenden Verbesserungen. Zudem sollte der Kinderzuschlag analog zur Erhöhung des Kindergeldes mindestens ab Anfang 2015 steigen. Darüber hinaus begrüßen wir die Pläne zur Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. Sie müssen nun im parlamentarischen Verfahren umgesetzt werden. Die Kosten dafür müssen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt und nicht durch Umschichtungen aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums finanziert werden.

Insgesamt bewerten wir den Gesetzentwurf als Fortschreibung der aktuellen Situation und bedauern, dass die Bundesregierung die Chance verpasst, die Erkenntnisse aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen umzusetzen.

Nach Einschätzung des ZFF werden Bezieher/-innen hoher Einkommen über den Kinderfreibetrag weiter deutlich höher entlastet als die Bezieher/-innen mittlerer oder niedriger Einkommen, die Kindergeld beziehen. Familien mit Kindern im SGB II-Bezug haben größtenteils keine Vorteile von einer Erhöhung des Kindergeldes, da das Kindergeld vollständig angerechnet wird. Damit wird weiterhin die sozial ungerechte finanzielle Ausstattung der Familien festgeschrieben.

Das ZFF fordert perspektivisch, die Familienförderung ‚vom Kopf auf die Füße‘ zu stellen: mit einer sozial gerechte Kindergrundsicherung von 536 Euro pro Monat, die eine Vielzahl an Leistungen zusammenfasst, sich am steuerlichen Existenzminimum orientiert und am Einkommen der Eltern bemessen wird. Davon würden alle Familien mit Kindern profitieren.“

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert. Seit 2009 setzt sich das ZFF im Rahmen des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 536 Euro ein. Weitere Informationen unter www.kinderarmut-hat-folgen.de.

Kontakt:	Barbara König, Geschäftsführerin info@zukunftsforum-familie.de Tel.: 030 2592728-20, Fax: 030 2592728-60
----------	--

Weitere Informationen:	www.zukunftsforum-familie.de
------------------------	--